Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.
Auflage: 23000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Abends 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Abends 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 1 Ngr. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Vorsendung in Briefen. 5 Zeilen kosten 1¼ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Nr. 22. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Donnerstag, 22. Januar 1874.

Politisches.

Die Tragweite des Manifestes des russischen Czaaren, in welchem derselbe die allgemeine Wehrpflicht für das russische Reich anbefiehlt, wird von der europäischen Presse bislang nur vereinzelt anerkannt. Man hat von St. Petersburg aus die schlaue Vorsicht gebraucht, den Tropfen Wermuth, welchen diese neue Aera Rußlands in den Weltfriedenskelch gießt, mit den süßesten Friedensversicherungen gehörig zu überzuckern. Allerdings versteht sichs zunächst von selbst, das Rußland Frieden halten wird, wenigstens ganz bestimmt bis zu dem Zeitpunkt, wo die Reorganisation des russischen Heerwesens vollendet sein wird. Zum Rüsten braucht man Ruhe. Aber dann? Was bezweckt Rußland mit dem zweischneidigen Schwert der Volksbewaffnung? Im Innern bedarf es in der That nur einer zuverlässigen Soldateska. Der Culturzustand des russischen Binnenreichs erfordert weder, noch verträgt er intelligente Truppen. Aber die unersättliche Herrschsucht des Bojarenthums weiß sehr wohl, daß man in einem Ringkampfe mit westlichen Mächten mit der seitherigen strammen Knutenzucht nicht mehr auskommen kann, daß es künftig nichts mehr nutzt, Regimenter zu haben, die sich ohne Mucksen todtschießen lassen, sondern, daß für eine wirksame Aggressivpolitik die heilige Russia etwas von dem braucht, was der nachbarlichen Borussia 1866 zum Siege von Sadowa verhalf: Wehrpflicht und Schulmeister. Vielleicht geht Rußland noch einen Schritt weiter als sein Vorbild, und läßt die Zukunfts-Schulmeister nicht — hungern.

Der Kampf um römischen Papst und deutschen Kaiser dauert fort und namentlich, soweit er sich in den Wahlen spiegelt, zeigt sich die stramme Parteidisciplin der schwarzen Gesellschaft von größter und unheimlicher Wirkung. Durch den Nationalliberalismus in Deutschland, der eben keine Partei ist, sondern die strikte Negation jeder klaren Parteibildung, der nur den Compromiß, das Schwimmen mit dem Strome gepredigt hat und jetzt vor den Folgen seiner Haltlosigkeit steht, — durch den Nationalliberalismus ist die sociale und die clericale Sippe in Deutschland groß geworden. Ihm gelten Freiheit und Volkswünsche, falls sie nicht „Oben" in Mode sind, gering, und massenhaft ist das Volk, dem eine Entlastung vom Militärdruck und ein Schutzdamm gegen die Lockerung aller gewerblichen und commerciellen Gesetze gleichmäßig am Herzen liegt, den Schwarzen förmlich in die Arme getrieben worden, die ihm wenigstens versprachen, was der Nationalliberalismus gar nie auch nur gewähren will. Die ehrliche deutsche Fortschrittspartei und der gesunde gemäßigte Conservativismus sind auf jedes Augenzwinkern des „eisernen Grafen" von der nationalliberalen Phalanx systematisch verdrängt und verdächtigt worden — und wenns uns nicht an die eigne Haut ginge, so könnte man fast sich freuen über die Panik im nationalliberalen Lager.

Bezüglich der Papstwahlaffaire bringt die „Germania" einen scharf auftreffenden Artikel, der leider nicht verfehlen wird, neues Gift zu säen. Das Jesuitenblatt schreibt:

„Wir können es dem Fürsten Bismarck nicht verbieten, wenn er die „Legitimität" der künftigen Papstwahl prüfen will. Aber mit seiner Anerkennung oder Nichtanerkennung derselben ist die Sache noch nicht abgethan. In letzter Instanz haben für das deutsche Reich wir katholischen deutschen Reichsbürger die Wahl zu prüfen. Wir katholischen Reichsbürger, die wir bei den letzten Reichstagswahlen dem Fürsten Bismarck bewiesen haben, daß wir existiren. Wohlan! Finden wir, daß der neue Papst rechtmäßig gewählt ist, so werden wir uns in Sachen des Glaubens und der Sitten seinem unfehlbaren Lehramte unterwerfen und in jurisdictionellen Angelegenheiten dies soweit thun, als es ohne activen Widerstand gegen unsere Staatsgesetze möglich ist. Genau dasselbe Verhalten werden die katholischen Bürger anderer Reiche und Staaten beobachten, so daß die Diplomaten der Großmächte nunmehr in Conferenzen zusammensitzen können, so lange sie Lust haben, und berathen dürfen, was immer ihnen beliebt: Unser Herrgott lebt noch und wir auch noch!"

Während im preußischen Inlande das genannte Blatt loszieht, macht sich die Empfindlichkeit Bismarcks nach außen wenigstens Luft, und daran thut er recht. Wir erwähnten schon der Unverschämtheit des Pariser „Univers". Am Montag hat nun in Versailles, infolge eines energischen Druckes von Berlin aus, eine Ministerconferenz stattgehabt, in welcher man, um für den Augenblick weiteren Verwickelungen mit Deutschland vorzubeugen, sich entschloß, gegen den „Univers" vorzugehen. Daß dies ein Drohen mit der Faust ist und kein wirklicher Groll gegen das Blatt, versteht sich von selbst. Aber das kann uns gleich sein, der „Univers" ist für mehrere Monate um seiner Schmähungen gegen Deutschland willen, suspendirt worden. Wie ein Privattelegramm der „Nat.-Ztg." mittheilt, herrschte in der Nationalversammlung wegen der Suspendirung des „Univers" ungeheure Aufregung. General du Temple eilte auf die Ministerbank zu und machte dem Vice-Präsidenten des Cabinets heftige Vorwürfe. Die Regierungspartei verhehlt sich nicht, daß die Lage um so bedenklicher sei, als die Beziehungen zum Auslande durch die augenblicklich noch winzige Kammermajorität erschwert werden und zu befürchten steht, daß die getränkten Ultramontanen gegen das Cabinet votiren. Auch aus der Provinz gehen Nachrichten ein, nach welchen die Beziehungen Frankreichs zum Auslande allgemeine Besorgnisse hervorgerufen haben. Das Hetzen besorgen die Ultramontanen meisterlich, aber welche Verlegenheiten sie der jetzt noch ziemlich ohnmächtigen französischen Regierung bereiten, kümmert sie nicht.

Außer dem preußischen Landtag werden auch die kleineren Volksvertretungen dem Reichstage ihre Landesvertreter als Brandopfer darbringen. Nicht als ob unsere und andere mittelstaatliche Biedermänner wirklich geröstet werden sollten. Aber im Reichstage dürfte es heiß hergehen und deshalb kann man fast Diejenigen als Brandopfer bezeichnen, welche z. B. das gemüthliche Dasein in unserer 2. Kammer oder von Freitags ab auf der Leipzig-Dresdner Eisenbahn zuzubringen gewohnt sind und nun stramm nach Berlin müssen. Auch die bairische Kammer wird sich, bestärkt in ihrem Vorhaben durch den schlechten Gesundheitszustand Münchens während des Reichstages vertagen.

Die wichtigste Nachricht aus Oesterreich ist die Ministersitzung unter Vorsitz des Kaisers, in welcher Franz Joseph I. nunmehr ausdrücklich die Regierung autorisirt hat, die konfessionellen Gesetze vor den Reichstag zu bringen. Bekanntlich behaupteten die Clericalen bis zur Stunde, der Kaiser wolle und werde nie im Ernst das Inslebentreten jener Gesetze erzwingen, die doch immerhin nur erst beseitigen, was seit 1856 an hierarchischen Schranken und intoleranten Gepflogenheiten sich in Oesterreich eingenistet hat und durch das berüchtigte Concordat zur Legalität gelangt war. Wenn Franz Joseph so fortfährt, wird der freisinnige Standpunkt seines edlen Ahnen Joseph II. nach einer langen Zeit der religiösen und politischen Verdunkelung, endlich doch noch wieder erreicht werden.

Aus Spanien erwartet man jetzt die Bestätigung der Nachricht, daß Serrano die Auslieferung der nach (franz.) Algier entkommenen Insurgenten verlangt habe. Als politische Verbrecher würde Frankreich sie schützen können. Als gemeine Verbrecher — Mord, Eigenthumsvergehen, Freiheitsberaubung unbescholtener Bürger — sind diese Petroleure von Cartagena auslieferbar. Um des Friedens der Welt willen wäre ihre Unschädlichmachung gewiß nur wünschenswerth.

Locales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat nach dem „Dr. J." gestern folgende Deputationen empfangen: der Lehrercollegien der 12 Gymnasien des Landes, geführt von dem Rector der Fürstenschule zu St. Afra in Meißen, Prof. Dr. Ilberg; der zum Gerichtsamtsbezirk Radeburg gehörenden Amtslandschaft; der Landgemeinden des Gerichtsamtsbezirks und der Stadtgemeinde Strehla. — Nachmittags 5 Uhr fand bei Ihren königl. Majestäten unter Theilnahme des Prinzen und der Frau Prinzessin Georg in den Paradesälen des königl. Schlosses ein größeres Diner statt, zu welchem die Herren Staatsminister, die Directorien und sämmtliche Mitglieder der beiden hohen Ständekammern und eine Anzahl beim Landtage thätiger Regierungscommissare geladen worden waren.

— Der Schulrath im Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts Dr. Bornemann zu Dresden hat den österreichischen Orden der eisernen Krone 3. Classe, der Professor Dr. Paul in Leipzig das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens erhalten.

— Gestern beehrte J. Maj. die Königin Marie das unter deren Protection stehende Pestalozzistift, Löbtauerstraße Nr. 3, mit ihrem Besuche, wohnte dem Unterrichte bei und sprach ihre Befriedigung über die Leistungen der Zöglinge, wie auch ihre Freude über deren munteres, gesundes Aussehen aus.

— Landtag. In der 2. Kammer interpellirte zunächst Abg. Barth-Stenn, welche Instanz künftig die Tanzregulative erlassen würden? Der Minister v. Nostitz antwortete: bei Erlaß dieser Regulative würden die Bezirksausschüsse eine wesentliche Stimme mit haben; die Erlaubnißertheilung zu außerordentlichen Tanzbelustigungen aber würde den Behörden zustehen. — Es findet hierauf zum 3. Male eine Generaldebatte über das Budget statt. Wenn früher die Kriegsminister den politischen Horizont verfinstert malten, sobald sie Geld zu Militairzwecken von der Kammer verlangten, so schildert jetzt Abg. Jordan, der den Kriegsgöttern dieses Kunststück abgelernt, zu Eingang seiner Budgetrede, die Unsicherheit der politischen Lage, um daraus den Schluß zu ziehen, daß man den Beamten möglichst wenig Zulage geben solle. Deutschland müsse sich auf alle Eventualitäten rüsten. Zwar sei jetzt noch Sachsens Finanzlage vorzüglich und geordnet, aber man dürfe nicht auf die Zukunft sündigen. Er kündigt daher seine Absicht an, an den Gehaltsaufbesserungen zu streichen. Das außerordentliche Budget sei in drei Jahren von 6½ auf 22½ Millionen erhöht; ginge diese Steigerung so fort, so gefährde dies die Steuerkraft und den Credit Sachsens. Das außerordentliche Budget stehe im Mißverhältniß zu dem ordentlichen; wozu belaste man es mit Ausgaben, die keinen productiven Charakter haben? Z. B. die Justizbauten, die Forderungen für Amtswohnungen, für Landesheil- und Versorganstalten, die Schulbauten, die Ablösungssummen für fiscalische Straßen, die nun den Städten überlassen werden u. dergl. hätte der Finanzminister viel richtiger ins ordentliche als ins außerordentliche Budget stellen sollen. Belaste man die Zukunft so sehr, schwelle man das außerordentliche Budget ferner noch so an, so sehe er, bei dem Darniederliegen der Industrie, Gefahren für den Credit Sachsens. (Bravo links.) — Abg. Fahnauer ist durch die homöopathischen Abstecher, welche die Deputation bei den Gehaltszulagen vorgenommen hätte, keineswegs befriedigt. Gerade wie die Arbeiter trotz der doppelten Tagelöhne nur schlechter geworden seien, so würde es auch bei den Staatsdienern kommen, wenn sie Zulage bekämen. (Murren rechts). Die Ueberhebung der Beamten über das Bürgerthum würde sich noch greller geltend machen. (Oho! rechts). Die Beamten würden die Zulagen nicht zur Befriedigung nothwendiger Lebensbedürfnisse, sondern zum Luxus und zur Vergnügungssucht verwenden. (Lachen.) Daraus gehe Verfall der Sittlichkeit und des Landes hervor. Er selbst wolle daran nicht mithelfen und stimme gegen das Budget. Abg. Oehmichen weist darauf hin, daß die Mehreinnahmen beim k. Kohlenwerke, den Forsten und den Eisenbahnen, verbunden mit dem Fallen der Arbeitslöhne, die Gewährung auskömmlicher Gehaltszulagen ermöglichen. Man werde Verwaltungsüberschüsse wie bisher machen, so daß manche aus außerordentliche Budget verwiesene Ausgabe vom ordentlichen bestritten werden könne. Hart und ungerecht sei Fahnauers Vergleich der Staatsdiener mit den Arbeitern. Jene würden durch Zulagen gewiß nur pflichttreuer werden. Abg. Walter: Die Forderungen des außerordentlichen Budgets seien alle wünschenswerth, viele nothwendig. Gerade in schlechten Zeiten habe der Staat die Pflicht, durch Förderung des Straßen- und Eisenbahnbaues und anderer Bauten dem Verkehr zu Hilfe zu kommen. Kein Gehalt sei so groß, daß ein Beamter luxuriös leben könne; ein anständiges Auftreten gehöre aber zu einem Beamten. Minister v. Friesen ist ungemein schlagfertig. Er entgegnet Jordan: Wohl müsse man im Staatshaushalt die Tugend der Sparsamkeit üben; das außerordentliche Budget aber werde nur nach dem jeweiligen Bedürfniß aufgestellt. Von den 22½ Millionen fallen 14 auf Erbauung von neuen und besserer Ausrüstung älterer Staatsbahnen, gewiß eine productive Ausgabe. 6 Millionen von diesen 14 beruhten auf früheren Kammerbeschlüssen. Die Forderungen für den Rothschönberger Stolln, für Chaussee- und Brückenbauten, für Elbecorrection u. s. w., alles vom letzten Landtag beantragt, gelten auch productiven Ausgaben; ebenso die 2½ Millionen für Militärbauten, die der vorige Landtag als nützlich erkannt habe. Ferner gegen 1 Million Nachforderung für angefangene Staatsbauten. So blieben von jenen 22½ Millionen nur 4½ Millionen, von denen es zweifelhaft sei, ob sie in das außerordentliche oder in das ordentliche Budget gehörten. Diese aber, die für Heil- und Versorganstalten, Schulen u. dergl. gefordert würden, rangirten besser im außerordentlichen Budget, weil sie die Ausgaben auf mehrere Jahre vertheilten und Steuerzuschläge in einzelnen Finanzperioden ersparten. Die Höhe des außerordentlichen Budgets also gefährde keineswegs den Credit Sachsens. (Beifall rechts. Uhlemann: Die Ausgaben für Schulbauten, für die Heil- und Versorganstalten seien productiv angelegt. Wenn die Kammer die Taxordnung für die Advokaten erhöhte, wie wolle sie die Gehaltszulagen der Beamten nicht erhöhen? Die niederen Staatsbeamten sollten nicht soviel erhalten wie die Tagelöhner? — Kirbach findet im Vergleich zu vielen Privatbudgets die vorgeschlagenen Gehaltszulagen nicht für zu hoch, bedauert aber, daß die Staatsregierung allen Anträgen auf Verminderung der Beamten die erheblichsten Schwierigkeiten bereite. — Schreck schließt sich dieser Klage an. Außerdem sei die Arbeitslast unter die Beamten sehr ungleich vertheilt. In vielen Bureaux treffe man die Beamten vertieft in das Studium der Leipziger Zeitung und der Localblätter; in einigen Provinzstädten expedirten die Behörden nicht, wenn die Beamten gerade ihren Kegelkränzchentag haben. (Heiterkeit.) Minister von Friesen kann auf Letzteres Nichts erwiedern, da die Fälle nicht spezialisirt seien. Im Uebrigen vermindere die Regierung unausgesetzt die Beamtenzahl, wenn auch ohne Eclat und soweit es der Dienst gestatte. So habe das Finanzministerium allein die ganze Stempelfactorei aufgehoben, die Beamten pensionirt oder anderweit verwendet, die Geschäfte mit der Cautionskasse vereinigt und von dieser Behörde wieder die Hälfte der Beamten abgeschafft. In wenig Jahren seien 3 Oberforstmeistereien und viele Oberförsterstellen eingezogen worden. — Im Laufe der weiteren Debatte rügt Abg. Stauß, daß die Regierung immer erst auf Verlangen bei Staatsbauten die Pläne vorlege und daß noch zu vielen wichtigen Bauten die Unterlagen fehlten. — Damit endet die Generaldebatte über das Budget. Hierauf wird genau nach den Vorschlägen des sehr gründlichen Berichts des Abg. Beck das Budget des Finanzministeriums erledigt. Hierüber morgen.

— Gewerbeverein am 19. Januar. Herr Vorstand Walter theilt mit, wie er mit Freude sein Amt wieder vertrete und wie er hoffe, daß der Verein auch in dem heute beginnenden fünften Decennium glücklich fortgedeihen möge. Herr Director Clauß zeigt und bespricht einen kleinen galvanoplastischen Apparat, sodann poröse Thonziegel, sogenannte Muldensteiner, die zunächst infolge der durch Vermischung der Thonmasse mit Braunkohlengrus und dessen Verbrennung in der Weißglühhitze hergestellten Poren leichter als Thonziegel sind, dabei eine Art Glasirung erhalten und sich mit dem Mörtel sehr fest verbinden. Sie sind schlechtere Wärmeleiter als die bisher gebrauchten, so daß sich an daraus gebauten Wänden nie Eis ansetzt, hindern auch das Ausschwitzen von Salzen und sind besonders zu Wölbungen geeignet. Wie Herr Färbereibesitzer König mittheilt, sind die Reservoire der Wasserleitung an der Saloppe aus dergleichen Ziegeln erbaut und werden wir in Folge dessen ein im Sommer kühles und im Winter nicht zu kaltes Wasser haben. Auch verwendet man sie zu Mänteln größerer Oefen. Außerdem theilt Herr Walter noch mit, daß zu dem Vortrage des Dr. Radde „Ueber das Amurgebiet", den selbiger am Freitag im Gewerbehaussaale hält, den Mitgliedern der Zutritt gegen die Hälfte des Entree's gestattet sei. Im Hauptvortrage sprach Herr Generalarzt Dr. Rothe über „Sanitätszüge und Hospitalschiffe". Für den Verwundeten existiren bezüglich der Hilfeleistung drei Phasen. Die erste Hilfe bringt ihm das Sanitätsdetachement, das ihn nach den Verbandplätzen befördert, von hier wandert er in die Feldlazarethe, da diese aber nach größeren Gefechten überfüllt, ja oft in den am stärksten belegten Dörfern eine Ernährung nicht möglich wäre, so ist sowohl für Verwundete als Kranke und die letzteren sind sogar immer die Mehrzahl, auch schon um der leidigen Hospitalkrankheiten willen die Rückbeförderung und dann womöglich ins vielverlangte Vaterland nicht nur erwünscht, sondern geboten. Für den Verwundeten liegt freilich in diesem Transporte die größte Gefahr. Da die Fuhrwerke des Landes größtentheils nicht zu haben, die mitgeführten Fuhrparks nicht nicht ausreichend sind, so gilt es die nächste Eisenbahnstation zu gewinnen und auf möglichst direkter Linie die Rückbeförderung zu bewirken. Dies geschieht mittels besonderer zum Transporte eines ganzen Feldlazareths mit dem dazu gehörigen Personale eingerichteten Sanitätszügen, und zwar müssen die Kranken und Verwundeten darin so untergebracht werden können, als ob sie nicht aus dem Lazareth herausgekommen. Der Zug zerfällt in Wagen für das Personal und die Aerzte, Wagen für die Verpflegung (Apotheke, Vorrathswagen) und die Krankenwagen. Letztere fassen im Sommer 12, im Winter 10 Verwundete. Die in den Lazarethen gebrauchten Tragen werden sofort in eine angebrachte Vorrichtung eingehängt, so daß ein Wechsel des Lagerstes nicht nöthig ist. Die Ventilation, diese schwache Seite der Eisenbahnen, wird dadurch verbessert, daß man die Waggons oben aufschneidet, doch eine solche Einrichtung trifft, daß sich die Luftzufuhr reguliren läßt. Seitliche Schieber, wie sie jetzt existiren, sind dabei nicht ausgeschlossen. Sorgfältige Reinigung ist natürlich geboten; die nöthige Wärme verbreiten im Winter zwei Schüttöfen. Jeder Sanitätszug besteht aus 50 Achsen, so daß er, wie oben schon bemerkt, 200 liegende Kranke nebst Personal — einem Feldlazareth aufnehmen kann, und muß durchgängig sein. Jedem deutschen Armeekorps wird künftig vor Beginn eines Feldzuges an je ein Sanitätszug beigegeben sein; im letzten Kriege waren 21 in Thätigkeit. Einen in jeder Beziehung trefflich, fast zu comfortabel eingerichteten hatten die Franzosen in Wien ausgestellt. Falls man aber mit einer Macht in Kampf gerathen sollte, deren Bahngleise weiter- oder schmalspuriger sind, als die unsrigen, wird man nothgedrungen zu der Art und Weise greifen müssen, wie sie Hamburg im letzten Kriege zur Anwendung brachte, das mittels eines einzigen Waggons nach Frankreich geführten Materials einen ganzen Sanitätszug ausrüstete. — Dieselben Verhältnisse nur weit complicirter finden sich bei den Hospitalschiffen wieder, wie sie England im chinesischen, abyssinischen und jetzt wieder im Kriege gegen die Aschantis verwendet und wie auch Nordamerika zur Zeit des Bürgerkrieges solche ausrüstete. Das Oberdeck eines solchen Schiffes enthält Alles, was Oekonomie und Reinlichkeit betrifft, Küche, Waschhäuser, Aufbewahrungsbehälter für Wasser, auf dem Hinterdeck die Wohnungen des Capitäns und der Offiziere. Das Hauptdeck ist einzig zu Lazarethzwecken hergerichtet. So enthält das zur Zeit von England nach Afrika entsandte, in jeder Hinsicht musterhafte Sanitätsschiff „Victor Emanuel" 300 Betten (Hängematten) bei denen durch eine Sperrvorrichtung etwaige Schwankungen tresflichst vorgebeugt ist. Das Geschützdeck enthält Räume für Re-